

Jahresmedienkonferenz vom 3. Januar 2018

Fair statt frei handeln

*Referat von Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband
(es gilt das gesprochene Wort)*

Am 24. September 2017 hat das Schweizer Stimmvolk überwältigend dem neuen Verfassungsartikel 104a Ernährungssicherheit zugestimmt. Nun gilt es, den Volkswillen mit konkreten Massnahmen umzusetzen. Der neue Artikel muss als Leitlinie und Zielvorgabe für alle kommenden Gesetzes- und Verordnungsänderungen dienen, welche die Land- und Ernährungswirtschaft betreffen. Nebst einer nachhaltigen inländischen Produktion hat er auch viel mit fairem, nachhaltigen Handel zu tun. Für die Erfüllung und Umsetzung der Buchstaben c. und d. ist ein fairer Handel unablässig. Eine auf den Markt ausgerichtete Strategie bedeutet, den Wünschen der Konsumenten gerecht zu werden. Was nicht heisst, möglichst billig zu produzieren und einen möglichst günstigen Rohstoff zu liefern. Die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen stellen die Versorgung mit Lebensmitteln sicher, die in der Schweiz nicht oder in ungenügender Menge produziert werden. Die inländische Produktion bleibt aber der wichtigste Pfeiler für die Ernährungssicherheit. Wenn der Bundesrat die Schweizer Landwirtschaft mit einer Marktöffnung markant schwächen will – wie er dies in seiner Gesamtschau zur Agrarpolitik vorschlug – dann ist das für uns inakzeptabel. Wir verweigern ihm aber nicht das Gespräch, sondern sind bereit, auf einer neuen Grundlage gemeinsam die Weiterentwicklung der Agrarpolitik anzupacken. Es gibt auch so genug zu tun!

Der Bund hat unserer Meinung nach die Aufgabe den fairen Handel zugunsten der Bauernfamilien auf der ganzen Welt zu fördern. Die Schweiz kann eine Vorreiterrolle bei der Festlegung von internationalen Standards zu fairem Handel und nachhaltiger Produktion einnehmen und sich auch in internationalen Organisationen dafür einsetzen. Das verlangt auch der neue Verfassungsartikel. Der Buchstabe d. besagt, dass künftig ein grenzüberschreitender Handel nur dann möglich ist, wenn dieser zu einer nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beiträgt.

Das Beispiel der Molkerei Lanz sowie die im Bericht portraitierten Betriebe und Verarbeiter zeigen, dass fairer Handel in der Nische durchaus bereits heute funktioniert. Die Vermarktung über den Grosshandel wird aber auch in Zukunft den Löwenanteil des Marktes ausmachen. Deshalb muss der Handel der Rohstoffe und Grundnahrungsmittel für die Lebensmittelindustrie und den Detailhandel ebenfalls fairer werden. Der Vergleich der Einkommen entlang der Schweizer Wertschöpfungskette zeigt, dass es grossen Nachholbedarf gibt. Zurzeit wird an der Verkaufsfrent mit zusätzlichem Tierwohl oder hohen Umweltstandards geworben. Dabei könnte auch die Fairness ein Alleinstellungsmerkmal der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft sein. Wie im Abschnitt «Was erwarten die Konsumenten?» im Bericht auf Seite 21 beschrieben, sind den Konsumentinnen und Konsumenten faire Preise für die Bäuerinnen und Bauern durchaus ein Anliegen. Es braucht aber mehr als ein Lippenbekenntnis oder Marketinginstrumente: Das Prinzip des fairen Handelns muss mit kostendeckenden Preisen bis zu den Bauern runter getragen werden. Allen Beteiligten der Ernährungswirtschaft sollte klar sein, dass sich der Nachwuchs ohne ausreichende Einkommensmöglichkeit ausserhalb der Landwirtschaft eine Arbeit suchen wird.

Eine Voraussetzung für faire Preise ist Transparenz. Denn nur wenn die Konsumenten wissen, was sie kaufen, sind sie auch bereit, mehr für Schweizer Produkte zu bezahlen. Das erfolgreiche Beispiel der Fair Trade Banane zeigt das deutlich. Die Deklaration der Produkte, insbesondere die Herkunft der Rohstoffe in verarbeiteten Lebensmitteln, ist deshalb konsequent umzusetzen. Der Bundesrat hat im Rahmen der Umsetzung des neuen Lebensmittelgesetzes die Deklaration der Herkunft tierischer Rohstoffe in verarbeiteten Lebensmitteln gestärkt. Das ist ein guter Schritt.

Fairer Handel statt Freihandel, dieser Grundsatz soll heute und in Zukunft die Prämisse sein. Dafür ist ein Paradigmenwechsel in der Handels- und Innenpolitik nötig. Denn eine nachhaltige Landwirtschaft zu Weltmarktpreisen ist nicht zu haben. Nirgendwo auf der Welt.